

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Tunnel Gnalp-Steg: Sanierung oder eine neue Röhre?

Gemeinderat mehrheitlich für Neubau und dem Antrag der Initiativgruppe folgend

(hoe) - Wird der alte Tunnel auf Gnalp, das die herrliche liechtensteinschen Alpenwelt erschliesst, saniert so wie es Regierung und Landtag wollen, oder setzen sich die Argumente der Triesenberger Initiativgruppe durch, welche aus teils verständlichen Argumenten einer Verbetonierung auf Gnalp-Wang entgegenwirkt. Der Gemeinderat ist in der Sitzung vom letzten Mittwoch, den 22. Juli dem Antrag der Initianten gefolgt und votierte mehrheitlich für einen Tunnelneubau.

Im Dezember 1986 kam in Triesenberg eine rechtmässige Initiative von 626 Bürgerinnen und Bürgern getragen, zustande, welche fordert, dass Kostenvergleiche für eine Sanierung oder Neubau unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Verlustes für die 28 Betriebe mit rund 140 Beschäftigten jenseits des Tunnels angestellt werden. Sie fordert zudem, eine Kommission zu bilden und eine Umweltverträglichkeitsprüfung (Forst, Landwirtschaft, Lärm, Jagd, Fauna etc.) anzustellen. Nur wenn alle Bedingungen erfüllt seien, dürfe Boden der Gemeinde Triesenberg für die rund vier Meter breitere Zufahrt zum alten Tunnel (unter Abholzung von ca. 400 Klafter Wald) abgegeben werden.

Die Initianten sind der Auffassung, dass eine Sanierung des alten Tunnels nur Nachteile bringe: so zum Beispiel die Ausstellbucht Mitte Tunnel mit langen



Die Latten zeigen das Ausmass der Betonierung für den Galeriebau zum Tunnelportal an. Die jetzige Strasse würde ca. 4 Meter talseits verbreitert, wobei rund 400 Klafter Bergwald zerstört würde. Die Initiativgruppe stellt sich gegen eine vom Landtag beschlossene Sanierung des alten Tunnels und schlägt den Bau einer neuen Röhre etwa 400 Meter unterhalb der heutigen Tunnelfahrt vor. (Bild: Brigitt Risch)

Wartezeiten der Busse, gewaltige Verkehrsbehinderungen während der dreijährigen Bauzeit (Sommermonate) mit Existenzbedrohung für manchen Betrieb im Alpengebiet, Rodung von 400 Klafter Wald auf Gnalp für den Strassenbau, und die Durchschneidung von rund 1 km Bergwald.

Die talseitige Tunnelfahrt liege zudem in einem geologischen Risikogebiet.

Für die Landwirtschaft und die Fussgänger tue der heutige Tunnel noch lange seinen Dienst. Die gegenseitige Störung wäre aufgehoben.

Die Initiativgruppe fordert deshalb von Gemeinde und Land ein Überdenken des Tunnelbau-Sanierungsbeschlusses vom Landtag am 12. November 1986 und lege die Argumente für eine neue Röhre ab Gnalp (Länge ca. 1000 Meter) vor: kürze-

re Bauzeit, keine Verkehrsbehinderung, keine Existenzbedrohung von Gewerbebetrieben jenseits des Berges, der Ökologie Rechnung tragend, weil keine Bergwälder abgeholzt werden müssten, schöneres Landschaftsbild, da keine riesigen Betongalerien entstehen. Das einzige Argument, das für eine Sanierung spreche, seien die Kosten. Eine neue Röhre würde nach gutachtlichen Kostenschätzungen auf rund 23,374 Mio. Franken und eine Sanierung des alten Tunnels auf rund 14,7 Mio. Franken inkl. Stollenbau zu stehen kommen.

Führt Alternativvorschlag aus Sackgasse?

Die Initiativgruppe sieht eine Lösung des Problems in einem Kompromiss. Sie schlägt nämlich als Alternative vor, den alten Tunnel unter Beibehaltung und ohne Veränderung der jetzigen Strasse kostengünstig zu sanieren und eine redimensionierte neue Röhre beim vorgeschlagenen Standort unterhalb des alten Tunnels durch den Berg zu bauen. Durch die beiden Tunnels könnte der Verkehr einspurig abgewickelt werden. Dieser Kompromissvorschlag würde allen Wünschen Rechnung tragen und käme in der kostenmässigen Kalkulation etwa auf fast genau 18 Mio. Franken zu stehen. Der Ball liegt nun bei Regierung und Landtag. Sie haben es in der Hand in gemeinsamer Anstrengung und unter Berücksichtigung aller Faktoren aus dieser Sackgasse herauszufinden.

Neuer Nato-Vorstoss zur konventionellen Abrüstung

Bonn (spk/dpa) Die 16 Nato-Staaten haben parallel zu den Bemühungen um eine Abrüstung bei den atomaren Mittelstrecken-Raketen ein neues Konzept für Verhandlungen über konventionelle Abrüstung vorgelegt. Die Initiative wurde am Montag in Wien den sieben Staaten des Warschauer Pakts überreicht und soll mit den nachfolgenden KSZE-Verhandlungen behandelt werden.

Nach Informationen aus dem westdeutschen Aussenministerium sieht der Mandatsentwurf der Nato-Staaten als Ziel die Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts bei den konventionellen Landstreitkräften im Raum zwischen Atlantik und Ural auf niedrigem Niveau vor.

Ungleichgewichte, die Stabilität und Sicherheit gefährden, sollen ebenso abgebaut werden, wie die Fähigkeit für Überraschungsangriffe und für «raumgreifende Offensiven». Nukleare und chemische Waffen sollen von den Verhandlungen ausgenommen werden, weil für sie gesonderte Abrüstungs-Initiativen laufen. Die See- und Luftstreitkräfte sind ebenfalls ausgeklammert.

Der Warschauer-Pakt hatte vorher seine Zielvorstellungen dargelegt, nach denen atomare Kurzstrecken-Waffen einbezogen werden sollten. Ein weiterer Unterschied zwischen den Auffassungen der beiden Blöcke betrifft die neutralen und blockfreien Mitglieder der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Der Warschauer Pakt will alle 35 KSZE-Unterzeichner an dem neuen Forum teilhaben lassen.

Über 34 Mio. aus dem Post und Fernmeldewesen

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung - Gebührenerträge von gut 50,5 Mio. Franken

Mit einem Gesamtergebnis von gut 50,5 Mio. Franken erfuhr die unter der Ertragsgruppe der Entgelte zusammengefassten Gebühren, Taxen und Kostenrückerstattungen im letzten Jahr noch eine Zuwachsrate von knapp 3,4 Mio. Franken oder von 7,2 Prozent. Der Grossteil dieser Einnahmen fällt dabei auf die Postgebühren (5,9 Mio.) und die Fernmeldetaxen (28,6 Mio. Franken). Die budgetierten Limiten wurden um 2,7 Mio. Franken oder um 5,7 Prozent übertroffen.

Nebst dem genannten Post- und Fernmeldebereich verteilen sich die Gebührenerträge im letzten Jahr noch wie folgt: 1,7 Mio. Radio- und TV-Konzessionsgebühren, 5,3 Mio. Gerichts- und Öffentlichkeitsregistergebühren, 1,5 Mio. Schätzungsgebühren, 963 000 Motorfahrzeuggebühren, knapp 3,3 Mio. Lehrerbefreiungen sowie 3,2 Mio. Franken sonstige Gebühren und Kostenrückerstattungen.

Ertrag aus Fernmeldetaxen geringer

Während die Gebührenerträge im Rechnungsjahr 1985 noch eine Ausweitung um rund 5,6 Mio. Franken gegenüber der Vorjahresperiode erfuhr, fällt der Anstieg im Berichtsjahr mit einer Zuwachsrate von knapp 3,4 Mio. Franken oder von 7,2 Prozent etwas geringer aus. Die Verminderung der Wachstumsquote ist eine Folgewirkung der in Kraft gesetzten Reduktion der Verbindungstaxen im Telefonbereich. Die aufgrund der überdurchschnittlichen Verkehrszunahme zufließenden Erträge verminderten die Mindererträge aus der Tarifenkung für Auslandstaxen wohl mehr als auszugleichen. Im Gesamtergebnis fiel indessen die Zuwachsrate mit Mehrerträgen von 2,4 Mio. deutlich geringer aus, als dies im Vorjahr mit einem Anstieg der Fernmeldetaxen um 4,7 Mio. Franken der Fall war. In diesem verminderten Wachstum kommt auch die Abflachung der Anzahlungen

zur Reduktion der Abonnementstaxen um 0,5 Mio. Franken zum Ausdruck, welche im Rechnungsjahr 1984 dank der Kostenabgeltung grosserer Haushaltefonzentralen durch drei Industriebetriebe einen Sonderertrag von 0,6 Mio. Franken bewirkt hatte.

Mehrertrag aus Postautodienst

Bei den Postgebühren, welche im Vorjahresvergleich um knapp 0,6 Mio. Franken höher ausfielen, wirkten sich vor allem die Nachzahlungen der PTT von 0,2 Mio. Franken zur Abgeltung der Kosten für die Zustellung des überwiegenden Posteingangsverkehrs aus der Schweiz aus. Aber auch beim Postautodienst konnten dank der erfreulich angestiegenen Anzahl von Abonnenten ein Mehrertrag von 0,1 Mio. Franken erzielt werden. Um knapp 0,2 Mio. Franken höher als im Vorjahr fielen auch die Erlösanteile aus dem Postcheckdienst aus, an denen das Land verhältnismässig mitpartizipiert.

Wirtschaft:

CH-Aussenhandel

(spk) Die schweizerischen Exporte in den OECD-Raum nahmen im 1. Semester 1987 um 1,4 Prozent auf 26,05 Mrd Franken und jene in die übrigen Länder um 5,7 Prozent auf 6,74 Mrd Franken ab. Im europäischen OECD-Raum verminderten sich die Ausfuhren in die EFTA um 4,4 Prozent auf 2,44 Mrd Franken; die Exporte in die aussereuropäischen OECD-Länder verminderten sich gar um 5,9 Prozent auf 4,61 Mrd, während im EG-Raum mit einer Zunahme von 0,3 Prozent auf 18,7 Mrd Franken eine Stagnation zu verzeichnen war.

Bei den Nicht-OECD-Ländern fällt die starke Absatzeinbusse in den OPEC-Staat auf (-21,8 Prozent auf 1,24 Mrd Franken). Die Ausfuhren nach den nichtölexportierenden Entwicklungsländern und den Staatshandelsländern veränderten sich hingegen nur geringfügig.

Graubünden:

PTT-Bus verunglückt

Chur (spk) Ein Postauto-Unglück forderte am Montag im Bündner Saiental 4 lebensgefährlich und 9 leicht Verletzte. Wie ein PTT-Sprecher gegenüber der Presseagentur erklärte, wollte der Chauffeur nach 9 Uhr das mit 16 Personen besetzte Postauto unterhalb Tenna an einem stehenden Auto vorbeilenken. Daraufhin gab die gepflasterte Bergpoststrasse nach, worauf das Postauto in steilem Gelände rund 70 Meter hinunterstürzte. Der Kurswagen kam auf dem Dach liegend an einem Stall zum Stehen.

Sämtliche Passagiere und der junge einheimische Chauffeur wurden beim Sturz über die steile Böschung aus dem Fahrzeug geschleudert. Bei den Passagieren, welche sich im 20-jährigen FBW-Postauto befanden, handelt es sich hauptsächlich um Feriengäste aus dem Unterland. Nach Aussagen eines Rega-Arztbesprechers ist es ein Wunder, dass im mehrmals sich überschlagenden Postauto niemand getötet wurde.

Italien:

Populärer Gorja

Rom (spk/dpa) Der designierte Ministerpräsident Giovanni Gorja ist nach Ermittlungen von Meinungsforschern unter seinen Landsleuten sehr populär. Die Wirtschaftszeitung «Italia Oggi» veröffentlichte Umfrage-Ergebnisse des «Sintels»-Instituts, nach denen 72 Prozent der Italiener den Christdemokraten für den richtigen Mann im Amt des Regierungschefs halten.

Beobachter in Rom erwarteten, dass Gorja seine Ministerliste spätestens am Mittwoch vorlegen werde. Die Vertrauensdebatte im Parlament könne dann am Donnerstag beginnen.

Am Montag hatte es den Anschein, als ob die Sozialdemokraten noch in letzter Minute aus dem vereinbarten Regierungsbündnis mit Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern und Liberalen ausscheiden könnten. Für diese Partei hat Gorja nur zwei relativ unwichtige Ministerien vorgesehen, Handelsmarine und Öffentliche Arbeiten.

Schweiz verzeichnete guten Juni-Tourismus

Bern (spk) Trotz viel Regen und kühler Witterung konnte sich der Fremdenverkehr in der Schweiz im Juni 1987 erfreulich entwickeln. Wie das Bundesamt für Statistik am Montag bekanntgegeben hat, wurden im Berichtsmonat (BFS) 2,96 Mio Hotelübernachtungen gezählt. Gegenüber Juni 1986 ergibt sich somit ein Zuwachs von 6 Prozent und im 1. Semester 1987 innert Jahresfrist ein solcher von 1,5 Prozent auf 16,6 Mio Logiernächte.

Das erzielte Monats-Ergebnis liegt zwar um 11 Prozent hinter dem bisherigen Juni-Höchststand im Jahre 1973, übersteigt aber das mittlere Niveau der Periode 1977 bis 1986 um 1,5 Prozent. Die Zunahme im Berichtsmonat ist laut BFS zum Teil auf die unterschiedlichen Pfingsttermine (1986 im Mai, 1987 im Juni) zurückzuführen.

Der Inländische Reiseverkehr erhöhte sich innert Jahresfrist um 2 Prozent, während der Ausländer-Anteil gar um 9 Prozent gesteigert werden konnte. Das «Ausländerplus» ging vor allem auf das Konto der wieder zahlreicher erschienenen US-Bürger (+42 Prozent) und der Bundesdeutschen (+16 Prozent), während sich die Nachfrage aus Frankreich (-10 Prozent) und vor allem aus Grossbritannien (-14 Prozent) abschwächte.

Rekordüberschuss im BRD-Aussenhandel

Wiesbaden (spk/dpa) Trotz rückläufiger Exporte konnte die BRD im 1. Halbjahr 1987 einen neuen Rekordüberschuss im Export von 55,5 Mrd DM erzielen. Zwar schwächten sich die Exporte um 3,3 Prozent auf 256,6 Mrd DM ab, der Rückgang bei den Importen war aber mit 6,3 Prozent auf 201,1 Mrd DM in den ersten sechs Monaten noch deutlicher.

Dies geht aus der Halbjahresbilanz des Statistischen Bundesamtes über den Aussenhandel hervor, die am Montag in Wiesbaden veröffentlicht wurde. Der bisher höchste Überschuss im Aussenhandel für das erste Halbjahr war 1986 mit 50,7 Mrd DM ermittelt worden.

Auch in der Leistungsbilanz der Bundesrepublik wurde für das erste Halbjahr ein Rekordüberschuss von 38,5 Mrd DM registriert. In der Leistungsbilanz neben dem Aussenhandel auch der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr sowie Übertragungen (Zahlungen an internationale Organisationen und Überweisungen durch Gastarbeiter) erfasst.

Kritisches Hochwasser auf dem Bodensee

Kreuzlingen/Bern (AP) Die Hochwasserlage am Bodensee ist auch am Montag unverändert kritisch geblieben. Bei einem Pegelstand von 397,57 Metern in Romanshorn (TG) wurden zahlreiche Keller entlang des Schweizer Ufers überflutet, wie der Thurgauer Polizeikommandant Jürg Rüschi auf Anfrage erklärte. Armee- und Feuerwehreinheiten gelang es mittlerweile, die Treibholzfelder bei der Halbinsel Reichenau und bei Alt-nau (TG) einzugrenzen.

Die Entsorgungsarbeiten um den Bodensee werden auch ohne weitere Niederschläge noch mehrere Tage in Anspruch nehmen, wie Rüschi weiter sagte. Der Seespiegel sinkt nach Angaben des Landeshydrologie und -geologie in Bern im besten Fall um rund fünf Zentimeter täglich.

VADUZ 87
Jubiläumsausstellung 75 Jahre
Liechtenstein-Briefmarken 1912-1987
6.-9. August 1987 Eintritt frei

LISTA-
Einrichtungen
für Büro,
Lager und Betrieb

BB Center
A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT
NEUBAU, FL-9495 TRIEBSEN
TELEFON 075/2 83 77